



WE ARE SATISFIED THAT THERE IS NO EVIDENCE OF ANY WRONGDOING

Media statement by the law firm Appleby on the Paradise Papers media coverage about offshore activities, November 5th 2017

NOTHING ILLEGAL HAS TAKEN PLACE

Konfrontiert mit den Vorwürfen zu Geldwäsche, Steuer-
vermeidung und Verschleierung, die der Anwaltskanzlei
Appleby aufgrund der «Paradise Papers» gemacht wur-
den, reagierte diese mit folgendem Statement: «We are
satisfied that there is no evidence of any wrongdoing,
either on the part of ourselves or our clients.»

Es handelt sich um eine Beteuerung, wie wir sie von
anderen Enthüllungen zu Steuervermeidung, aber auch zu
unmenschlichen Arbeitsbedingungen, Umweltschäden
und Korruption immer wieder zu hören bekommen: Dass
geltende Gesetze eingehalten worden sind. Was eigent-
lich nur heisst, dass das angebliche Vergehen – in diesem
Fall der Steuerbetrug – aufgrund von fehlenden ein-
deutigen Beweisen oder aufgrund der Nutzung von legalen
Schlupflöchern schwer nachzuweisen ist. Derartige
Rechtfertigungen deuten darauf hin, dass sich bestimmte
Firmen offenbar nur dem Buchstaben des Gesetzes,

Az. 5 U 15/17 OLG Hamm Lliuya ./ RWE AG. Hinter
diesen Aktenzeichen verbirgt sich eine Revolution. Am
Mittag des 13. November 2017 sitzt Saúl Luciano Lliuya
in Saal A 005/006 des Oberlandesgerichtes Hamm.
Niemand vor ihm hat je einen so weiten Weg in diesen
Raum zurückgelegt: 10'522 Kilometer. Lliuya lebt in
der Andenstadt Huaraz in Peru. Dort, am Rand des Gebir-
ges Cordillera Blanca, ist Lliuya Kleinbauer und Berg-
führer. Nach Nordrhein-Westfalen ist er gekommen, um
den Energieriesen RWE zu verklagen. Denn RWE ist
der größte CO2-Emittent Europas. Und die Menschen in
Peru bekommen den Klimawandel heftig zu spüren.
Lliuya begegnet ihm jedes Mal, wenn er Touristen in die
7000 Meter hohen Berge seiner Heimat führt: Die
Gletscher ziehen sich zurück, während die Gletscherseen
wachsen. Zum Beispiel die Lagune des Palcacocha-
Gletschers, nördlich von Huaraz: Darin stehen siebzehn
Millionen Kubikmeter Wasser. Der See ist heute
dreissig Mal so gross wie vor vierzig Jahren, sein Volumen
hat sich seit 2003 vervierfacht. Das kann Lliuya und
50'000 weiteren Bewohnern der Region zur tödlichen Gefahr
werden: Die fortschreitende Gletscherschmelze oder
ein Erdrutsch können den Damm zum Bersten bringen.
Eine dreissig Meter hohe Flutwelle könnte die Stadt
verwüsten. Das haben Wissenschaftler der Universität
Texas in Austin nachgewiesen.

RWEs dreissig fossile Kraftwerksblöcke stossen in
Deutschland knapp 250 Millionen Tonnen CO2 aus: fünf-
mal mehr als Peru mit Verkehr, Elektrizitäts- und
Wärmeproduktion zusammen. Drei der fünf Braunkohle-
kraftwerke, die in Europa am meisten CO2 ausstossen,
gehören RWE: Neurath, Niederaussem und Weisweiler.
Alleine RWE ist deshalb für knapp ein halbes Prozent
des globalen Klimawandels verantwortlich. Lliuya fordert
deshalb, dass der Konzern entsprechend seinem Anteil
am Klimawandel 0,47 Prozent der Summe bezahlt, die
seine Gemeinde in den Hochwasserschutz investieren
muss: rund 17'000 Euro. Ein lächerlicher Betrag, den der
Konzern (Umsatz: 46 Milliarden Euro p.a.) aus der
Portokasse zahlen könnte. Und wohl viel weniger Geld,
als der Energieriese für den juristischen Beistand der
Wirtschaftskanzlei Freshfields Bruckhaus Deringer LLP
bezahlt. Aber um Geld geht es hier nicht, sondern um
eine simple Frage mit globaler Dimension: Kann ein ein-
zelnes Unternehmen für die Folgen des Klimawandels
oder für andere Schäden am anderen Ende der Welt haft-
bar gemacht werden?

Selbstverständlich. Sagt Lliuyas Anwältin Roda Verheyen.
Die Umweltjuristin beruft sich auf Paragraph 1004
aus dem Bürgerlichen Gesetzbuch: Er besagt, dass man
Anspruch auf Reparatur oder Unterlassung hat, wenn
das, was einem gehört, durch jemanden beeinträchtigt wird.
In diesen Fall das Haus des Peruaners, das wegge-
schwemmt würde, bräche der Damm. «Dieses Recht ist
allgemeingültig», sagt Verheyen, «so kompliziert ist
die Sache gar nicht. Mein Kläger sagt etwas sehr einfaches:
Die RWE AG nutzt ihr Eigentum, insbesondere Kohle-
kraftwerke, seit Jahrzehnten, um Einkommen zu generie-
ren – und sein Eigentum wird dadurch beeinträchtigt.»

Selbstverständlich nicht. Sagt RWE. Es sei in Deutschland
nicht verboten, Kohle zu verbrennen. Und man könne
nicht nachweisen, dass die von RWE ausgestossenen Mole-
küle zum Klimaschaden in Lliuyas Heimat beitragen.
Das Landgericht Essen wies die Zivilklage nach der ersten
Anhörung im November 2016 tatsächlich zurück.
Mit breiter Brust also betreten die Juristen von RWE und
ihre Anwälte ein Jahr später den Gerichtssaal zum Be-
rufungsverfahren. Der Saal ist bis auf den letzten Platz mit
Kohlekraftgegnern, Umwelt- und Menschenrechtsakti-

aber kaum dessen Idee verpflichtet sehen. Und dass diese
für eine positive Geschäftsentwicklung auch moralisch
verwerfliches Verhalten in Betracht ziehen, sofern es
nicht explizit verboten ist.

Insofern erstaunt es wenig, dass viele Firmen grosse
Anstrengungen unternehmen, um die Höhe ihrer Boni
sowie Aktivitäten zur «Steuroptimierung» legal zu
ermöglichen oder ihren ökologischen Fussabdruck etwas
grüner zu färben. Dazu überzeugt man entweder den
Gesetzgeber von einer nötigen Gesetzesänderung oder
man schafft es, die öffentliche Wahrnehmung so zu
beeinflussen, dass die Verantwortung nicht mehr bei den
Konzernen, sondern bei uns allen liegt.

Auf Einzelpersonen ist auch besser Fingerzeigen: Die
öffentliche Empörung und Schadenfreude war immens,
als bekannt wurde, dass selbst der irische Sänger und

KLIMAWANDEL VOR GERICHT

visten besetzt. In der ersten Reihe sitzt Mojib Latif vom
Potsdamer Institut für Klimaforschung, er ist ein Sach-
verständiger der Kläger: «Die Emissionen von RWE sind
mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit kli-
mawirksam geworden und lassen sich auch als Anteil der
Temperaturerhöhung berechnen» – sein Fazit steht
in den 700 Seiten Schriftsätzen beider Seiten. Schnell wird
deutlich, dass der Vorsitzende Richter Rolf Meyer
den Argumenten von Lliuyas Anwältin Verheyen folgt.
Das siegessichere Lächeln der RWE-Vertreter gefriert
blitzartig, während sich die Gesichter auf Kläger-Seite
und im Publikum aufhellen. Und ehe sich die Herren
Unternehmensanwälte versehen, fragt der Richter, ob
die Beklagte dem Kläger ein Angebot machen wollen,
etwa einen Beitrag zur Errichtung des Damms zu zahlen.

Mechanisches Kopfschütteln. «Nein», sagt ein RWE-
Anwalt. «Unsere Emissionen entstehen nicht aus sinister
Absicht. Wir versorgen Deutschland mit sicherem
Strom und sorgen damit für ein menschenwürdiges Leben.
Dazu gehört auch Strom aus Kohleverbrennung, der
Staat erlaubt das im Gemeinwohlinteresse. Unsere Emis-
sionen sind nicht rechtswidrig.» Die Klage sei ein Ver-
stoss gegen Artikel 20 Paragraph eins des Grundgesetzes.
«Eine Verbindung dazu haben wir nirgends gefunden»,
kontert Meyer trocken, «wenn die Rechtslage so einfach
wäre, dann hätte eine Kanzlei von Ihrem Format näm-
lich nur zehn Seiten Schriftsätze gebraucht.»

Das Publikum jöhlt und applaudiert, es fühlt sich ja auch
an, als sässe man in einem Theaterstück. Denn an die-
sem Tag prallen in diesem Gerichtssaal Welten aufeinander:
Die des reichen Nordens, der globale Ungerechtigkeit
zu seinem Vorteil stets in Rechtssprechung giess. Und
die des globalen Südens, der sich diesem faktischen
Unrecht nicht länger beugen will.

Während Betroffene von Menschenrechtsverletzung kaum
rechtliche Mittel dagegen in der Hand haben, sind die
Profite von Konzernen und Investoren bestens juristisch
geschützt: durch völkerrechtlich bindende Freihandels-
und Investitionsschutzabkommen. Solche Verträge
schaffen ungehinderten Zugang zu Rohstoffen, billiger
Arbeitskraft und Absatzmärkten. Mehr als 180 Länder
haben insgesamt 3200 solche Abkommen geschlossen.
Die enthaltenen Schutzklauseln ermöglichen transnatio-
nalen Konzernen, Staaten zu verklagen, wenn sie Gesetze
zum Arbeits-, Gesundheits-, Umwelt- und Verbraucher-
schutz einführen, die ihre Rendite verringern könnten.
Allein die Androhung solcher Klagen reicht oft aus, klamme
Regierungen in Ländern des Südens gefügig zu
machen. Zumal Firmen die Staaten vor Schiedsgerichten
klagen: Hinter verschlossenen Türen verhandeln keine
unabhängigen Richter, sondern private Anwälte, die weder
parlamentarischer noch demokratischer Kontrolle
unterliegen. Weil die Einhaltung von Menschenrechten
Staatspflicht ist, können aber nur Staaten – und nicht

Gutmensch Bono Steuern «optimiert» – obschon der
sich seit Jahren im Kampf gegen die Armut einsetzt!
Peinlich, aber keine böse Absicht? So wie die Mehrheit
der Rauchenden ihr persönliches Erkrankungsrisiko zu
tief einschätzt, fällt es tatsächlich vielen Menschen in
komplexen Situationen schwer, ihr Verhalten richtig ein-
zuschätzen und anzupassen. Um solchen Problemen
zu begegnen, wurden gesetzliche Rahmenbedingungen
geschaffen, die über Steuern für z.B. Alkohol, Tabak
und Glücksspiel über den Staat sicherstellen, dass verant-
wortungsvolles Handeln nicht einfach der Eigenverant-
wortung überlassen wird. Das Fehlen solcher Regulierun-
gen wird neben Firmen bekannterweise auch von vielen
Politikern begrüsst. So wie der republikanische Senator
Buddy Carter es in der kürzlich erfolgten Befragung von
Mark Zuckerberg zum Datenleck bei Facebook formuliert
hatte, als er gegen Regulierung und für Eigenverant-
wortung plädierte: «Look, you love America, I know that,
we all know that. We need your help here. We don't – I
don't want Congress to have to act. You – you want to see
a mess, you let the federal government get into this.»

In Europa sind wir hierzu mit der kürzlich in Kraft ge-
tretenen Datenschutzverordnung schon einen kleinen
Schritt weiter. Im Zusammenhang mit Steuerflucht ist
klar, dass sich die Schere zwischen den reichsten 10%
und dem Rest der Bevölkerungen nicht noch weiter öffnen
sollte, wenn ein gesellschaftlicher Friede bestehen
bleiben soll. Ebenso klar, dass die Erderwärmung trotz
ein paar hübschen Palmen am Zürichsee zu weit-
reichenden geopolitischen Konflikten und verherenden
Umweltereignissen führen wird.

Für die vorliegende Ausgabe gehen unsere Autorinnen
und Autoren der Frage nach, wie wir gesellschaftlich
mit der Diskrepanz zwischen Gesetz, Ideal und Moral
umgehen können und sollen.

Von Ivan Sterzinger

Konzerne – vor den internationalen Gerichtshof in Den
Haag oder den Europäischen Gerichtshof für Menschen-
rechte in Strassburg gebracht werden.

Auf allen Kontinenten sind Länder von Konzernen
verklagt worden: etwa wegen des Verbots giftiger Chemi-
kalien oder der Einschränkung umwelt- und gesund-
heitschädlicher Bau- und Rohstoffprojekte. In den ver-
gangenen zwanzig Jahren ist die Anzahl solcher Klagen
explodiert: 1995 gab es nur drei, derzeit laufen mindestens
700. Besonders betroffen: die Ärmsten. Laut der UN-
Konferenz für Handel und Entwicklung (UNCTAD) rich-
ten sich zwei Drittel dieser Klagen gegen Schwellen-
und Entwicklungsländer. 85 Prozent der Kläger kommen
aus den reichen Ländern des Nordens, ein Drittel da-
von aus der EU. Deutschland ist hier besonders rüh-
rig: Der Exportweltmeister hat weltweit 156 Investitions-
schutzabkommen abgeschlossen und mit 139 die meisten
bilateralen Abkommen der Welt. Viele davon sehen
Schiedsgerichte vor. Mit 40 Klagen liegt Deutschland
auf Platz vier der Staaten, aus denen Investoren und
Unternehmen andere Staaten vor Schiedsgerichte zerrn.

2011 verabschiedete der Menschenrechtsrat der Vereinten
Nationen einstimmig die UN-Leitprinzipien für
Wirtschaft und Menschenrechte. Sie umfassen die völker-
rechtliche Pflicht von Staaten, Menschen vor Menschen-
rechtsverletzungen durch Unternehmen zu schützen. Sie
fordern von Unternehmen, Menschenrechte zu respek-
tieren, menschenrechtliche Risikoanalysen ihres Kern-
geschäfts durchzuführen, diesen Risiken entgegen-
zuwirken und darüber transparent zu berichten. Sie ver-
pflichten ausserdem Staaten, Betroffenen von Men-
schenrechtsverletzungen Rechtsmittel zu garantieren.

Alle Staaten waren dazu aufgerufen, Pläne vorzulegen,
wie sie die Leitlinien umsetzen wollen. Doch der Nationale
Aktionsplan «Wirtschaft und Menschenrechte» der
Bundesregierung, den diese sechs Jahre später verabschie-
dete, setzt ausschliesslich auf die Freiwilligkeit der
Unternehmen. Gesetzliche Regelungen, die Firmen dazu
hätten zwingen können, ihre Sorgfaltspflichten einzu-
halten, fehlen. Nicht einmal bundeseigene Unternehmen
werden gesetzlich zur Einhaltung der UN-Leitlinie
verpflichtet. Auch wird die Bundesregierung Firmen nicht
von öffentlichen Aufträgen, Subventionen oder Aussen-
wirtschaftsförderung ausschliessen, wenn sie ihre Sorg-
faltspflicht missachten. Die Bundesregierung weigert
sich zudem, bürokratische Hürden vor dem Zugang zu
Recht und Gerichten abzubauen. Damit bleibt es für
Menschen in den Ländern des Südens nahezu unmöglich,
deutsche Firmen für die Beteiligung an Menschen-
rechtsverletzungen zur Verantwortung zu ziehen. Dabei
sitzen in wenig anderen Ländern der Welt so viele Un-
ternehmen, denen eine Beteiligung an Menschenrechts-
verletzungen angelastet wird, wie in Deutschland.
Deutschland steht weltweit auf Rang fünf bei der Verletzung

von Menschenrechten durch seine Unternehmen. Eine Studie der Universität Maastricht belegt: 87 von 1800 Menschenrechtsbeschwerden gehen zulasten deutscher Firmen.

Saúl Luciano Lliuya hat hier nicht nur dem Klimawandel ein Gesicht gegeben. Sondern auch der Externalisierungs-gesellschaft, die über die Verhältnisse anderer lebt und diesen anderen die Folgen dieses Wirtschaftens und der imperialen Lebensweise wie natürlich aufbürdet: «Bei uns werden die Leute ganz selbstverständlich geschützt, hier gäbe es mit Sicherheit eine stabilen Staudamm», sagt Richter Meyer. Es sei doch kein Zufall, dass hier kein Kläger aus Deutschland oder einem anderen reichen Land Europas hier sässe, sondern einer aus Peru.

«Was heisst das denn für uns alle, wenn das hier Recht bekommt? Es käme zu einer Klagewelle aller gegen alle», bäumt sich der RWE-Anwalt noch einmal auf. Ein Jahr zuvor, im Landesgericht Essen, hat er diese Rede noch mit einem Seitenhieb auf Lliuya versehen: Es stosse ja auch jemand, der von Peru nach Deutschland fliege,

CO2 aus. So lautet die arrogante Botschaft dahinter: Da könnte ja jeder kommen!

Aber natürlich: Sollen alle kommen, die Anspruch auf Wiedergutmachung haben! Dann müssten wohl künftig alle Verschmutzer das Risiko von Entschädigungen in ihren Bilanzen berücksichtigen. Würde es tatsächlich zu einer Klagewelle kommen, würde das, man wagt es sich kaum vorstellen, dazu führen, dass Unternehmen ordnungspolitisch zur Verantwortung gezwungen würden. «Dürfen wir die Leute dort wirklich alleine lassen und sagen, das geht uns nichts an? Wäre das gerecht?», fragt Meyer. «Ja, wäre es», entfährt es einem RWE-Anwalt trotzig, «die Haftung eines einzelnen Unterneh-mens ist ungerecht und verfassungswidrig.»

So klingt das, wenn man sich nicht mehr hinter dem moralische Geschwätz, das PR-Profis in den Nachhaltigkeitsabteilungen dichten, verstecken kann. Wenn es um Rechtsansprüche einerseits geht und um Gewinne andere-seits, fällt die freiwillige Unternehmensverantwortung in sich zusammen wie eine Sandburg unter einer Flutwelle.

150 SORTEN TÜTENSUPPEN

EinTütensuppenkarton

Nahrung, Energie, Kleidung – viele Dinge, die wir zum Leben brauchen, werden auf ausbeuterische Weise hergestellt. Das macht ein schlechtes Gefühl. Deshalb gaukeln uns Unternehmen Lügen über die Nachhaltigkeit ihrer Produkte vor, die wir zu schlucken nur allzu bereit sind. Dieses Phänomen nennt man Greenwashing. Keine andere Autorin hat sich mit diesem Thema so auseinander gesetzt wie Kathrin Hartmann. Sie stösst uns auf un-bequeme Themen. Schonungslos ehrlich zeigt sie in ihren Büchern und Artikeln, wie wir als Bewohner des Nordens die Natur und die Menschen im Süden ausbeuten. Hartmann verabreicht uns eine bittere Pille, aber sie ist dabei nicht moralisierend oder überheblich. Ich treffe Kathrin Hartmann bei dem «Marx is muss»-Kongress, der in Berlin im Verlagsgebäude des Neuen Deutschland statt-findet. Natürlich hat sie dort über ihr Lebensthema, die grünen Lügen, gesprochen.

Alexis Waltz: Erklärst du uns, was du unter Greenwashing verstehst?

Kathrin Hartmann: Konzerne, deren Kerngeschäft in keiner Weise ökologisch oder sozialverträglich ist und es auch nicht sein kann, hängen sich ein grünes Mäntelchen an. Mittlerweile inszenieren sie sich sogar als Retter. Ein gutes Beispiel dafür ist Unilever. Unilever verarbeitet jedes Jahr 8 Millionen Tonnen von landwirtschaftlichen Erzeugnissen wie Soja, Palmöl oder Rindfleisch, die für einen grossen Teil der Waldzerstörung in Asien und Süd-amerika verantwortlich sind. Das Zeug, was Unilever herstellt, braucht eigentlich kein Mensch, das ist Schrott-essen. Dennoch ist Unilever eine Firma, die sich als besonders grün inszeniert. Deren Chef nennt Unilever die grösste NGO der Welt. Die sitzen in vielen UN-Gremien und -Ausschüssen, wo die wirklich Einfluss haben. Wenn du auf die Unilever-Homepage gehst, siehst das aus wie bei einer NGO. Sie behaupten von sich, sie würden ihr Kern-geschäft dazu nutzen, um auf die Entwicklungsziele der Vereinten Nationen hinzuarbeiten.

Funktioniert das? Warum fallen wir darauf rein?

Hartmann: Das funktioniert auf verschiedenen Ebenen erschütternd gut. Zum einen, weil wir wissen, dass wir alle damit verhandelt sind, dass wir in den kapitalistischen Zentren der Nordhalbkugel systematisch auf Kosten anderer leben. Wir haben alle schon mal von kapitalistischer Ausbeutung, Kinderarbeit, Naturzerstörung und Mono-kulturen gehört. Gleichzeitig fühlen sich viele machtlos, und der Ausweg «du brauchst nur die richtigen Sachen zu kaufen» ist bequem. Und man kann es nicht nachprüfen – das ist alles gut gemacht, die Bilder sind toll, die Unternehmen bedienen sich der Sprache der Umweltbe-wegung. Das schaut aus wie beim fairen Handel, wenn du auf die Seite von Nestlé gehst. Und die haben George Clooney unter Vertrag, der mit einer Menschenrechts-anwältin verheiratet ist und als engagiert gilt. Die machen es einem leicht, darauf reinzufallen. Auf der anderen Seite wirkt das auch in die Politik. Greenwashing ist eine Form von Lobbyismus, die Regulierungen verhindert. Die Firmen sagen: Wir kümmern uns selber drum, wir gehen sogar über die Gesetze hinaus.

Dennoch bekommt man als Konsument ein positives Gefühl.

Hartmann: Das funktioniert auf einer emotionalen Ebene. Du gehst in den Supermarkt und denkst: Naja, das ist alles nicht so super hier. Dann nimmst du eine Packung, da ist ein grüner Frosch drauf, der auf der anderen Packung nicht ist. Da denkst du: Naja, besser als nichts. Dann kommt noch der Distinktionsgewinn dazu: Ich setze mich dadurch ab, dass ich mit Nachhaltigkeitsiegel kaufe. Es funktioniert traurigerweise gerade bei den

Das Unternehmen Nestlé nutzt als Argument, um die Auswirkungen der globalen Erwärmung zu verharmlosen, das Bild eines grünen Froschs auf der Verpackung.

Unternehmensgruppen wie Nestlé und Unilever.

EinTütensuppenkarton

EinTütensuppenkarton

Es ist eine historische Entscheidung, dass das Oberlandes-gericht Hamm die Klage annimmt und der Beweisauf-nahme zustimmt. Damit hat erstmals ein deutsches Gericht zu erkennen gegeben, dass grosse Emittenten verpflich-tet sind, Betroffene von Klimaschäden in armen Ländern zu unterstützen. Natürlich haben Lliuya und Verheyen die Klage noch nicht gewonnen. Aber sie haben Rechts-geschichte geschrieben. Oder, wie es der strahlende Saúl Luciano Lliuya nach der Verhandlung in die Presse-Mikrofone sagt: «Die Berge haben gewonnen. Die La-gunen sind die Tränen der Berge, und die Gerechtigkeit hat das gehört und hat uns recht gegeben.»

Von Kathrin Hartmann

Kathrin Hartmann ist Journalistin und Buchautorin in München. Eben ist ihr Buch «Die grüne Lüge. Weltrettung als profitables Geschäftsmodell» im Blessing Verlag als Buch zum Film «The Green Lie» des österreichischen Regisseurs Werner Boote erschienen.

Kathrin Hartmann

Kathrin Hartmann ist Journalistin und Buchautorin in München. Eben ist ihr Buch «Die grüne Lüge. Weltrettung als profitables Geschäftsmodell» im Blessing Verlag als Buch zum Film «The Green Lie» des österreichischen Regisseurs Werner Boote erschienen.

Danach ist so ein Wald blitzschnell niedergebrannt. Du kriegst die Investitionen sofort wieder raus und machst Gewinne. Die Arbeiter werden auf unfassbar gnadenlose Weise ausgebeutet. Da gibt es Menschenhandel, Sklaven-arbeit und gefährliche Kinderarbeit. Nur deshalb ist Palmöl so billig. Die Arbeiter leben dort wie im 19. Jahr-hundert in Europa, sie leben auf den Plantagen. Des-halb sind sie auch so stark bedroht. Wenn sie auf schwarze Listen kommen, fliegen sie raus. Ich habe mit Leuten gesprochen, die einen Streik organisieren wollten. Die haben dann am Rand der Plantage komplett mittellos unter einer Plastikplane gelebt. Das ist die Situation, des-halb funktioniert das für die Firmen so super. Die Hoffnung liegt darin, dass dort Gewerkschaften entstehen. Ein grosser Streik würde die Palmölproduktion für Tage lahmlegen, da die Dinger innerhalb von 24 Stunden verarbeitet werden müssen, sonst oxidieren die.

Hast du eine Plantage von Unilever besucht?

Hartmann: Unilever hatte Plantagen im Kongo und auf Sumatra, die haben sie zu Beginn des Booms verkauft. Unilever betrieb schon unter der belgischen Kolonial-regierung im Kongo Plantagen, die haben als erste in der Seife Palmöl statt Talk verwendet. Heute gehören die Plantagen in Indonesien Firmen von dort oder solchen aus Malaysia und Singapur. Es ist schwer, die Lieferkette zu verfolgen, weil das Öl im Hafen vermischt wird. Aktivisten gelingt das aber, und so weiss man, dass Wilmar International der Hauptlieferant von Unilever ist. Uni lever sagt aber, das sind ja nicht unsere Plantagen, wir haben unsere Standards.

Mit «Die Grüne Lüge» hast du zum ersten Mal an einem Film mitgearbeitet. Was war da neu für dich?

Hartmann: Ich finde total grossartig, dass man im Film Greenwashing einfach zeigen kann. Wir sind da auf einer Palmöl-Konferenz in Bali. Unserere Bad-Cop-/Good-Cop-Dynamik funktioniert da hervorragend. Das hat Spass gemacht zu erleben, wie sich ein Niederländischer Palmöl-Lobbyist um Kopf und Kragen redet, und dann auf einmal ökologisches Palmöl nicht mehr erklären kann. Die Teerbrocken, die wir in Louisiana am Strand aufgesammelt haben, direkt zeigen zu können, ist natürlich auch toll. Und wir haben in Brasilien eine indi-gene Assembléia besucht. Hier hat man keine Vorstel-lung davon, was das ist und wie ein indigener Kampf aus-sieht. Man kann sich nicht vorstellen, dass Leute sich einen Federschmuck auf den Kopf setzen und dennoch ein Smartphone in der Hand haben. Bei Vorführungen lachen Leute dann darüber. Der Film ist lustig, obwohl es ein schweres Thema ist. Wenn man lacht, ist das der erste Moment der Ermächtigung, um dann zu sagen: Ihr spinnt ja.

In Louisiana ging es um die Folgen der Havarie der Deepwater Horizon 2010. Wie konnte BP diese giganti-sche Katastrophe greenwashen?

Hartmann: Greenwashing gibt es seit den Siebzignern. Da beschränkte sich das aber auf Werbung mit schöner Natur. BP wird gerne als die «Mother of Greenwash» bezeichnet, weil die einen kompletten Imagewandel durchgezogen haben. Als 2001 ein IPCC-Bericht nahegelegt hat, dass es Klimawandel gibt, war BP das erste Öl-Un-ternehmen, das den Klimawandel anerkannt hat. Die Werbeagentur Ogilvy & Mather hat BP dann einem kom-pletten Imagewandel unterzogen, mit der grügelben Sonne, mit dem Slogan «Beyond Petroleum». Sie haben mit Solarenergie und Windkraft geworben, stecken dabei aber nur ca. 1% ihrer Investitionen in erneuerbare Energie. Dennoch haben sie es damit geschafft, dass die Auflagen lax geblieben sind. Das hat so gut funktioniert, dass die entsprechenden Ministerien unter der Obama-Regierung so von der Bohrsneil überzeugt waren, dass sie nicht mal die Notfallpläne sehen wollten. Bei dem Blow-Out star-ben 11 Menschen, das ausströmende Öl war gar nicht in den Griff zu bekommen. BP schüttete dann mit der Erlaubnis der Regierung Dispersionsmittel drauf. Das bewirkt, dass sich das Öl in kleinste Teilchen zerreibt, und bis heute im Golf wabert. Für manche Wissenschaft-ler ist das ein Tschernobyl im Wasser. Durch das Dis-persionsmittel Corexit haben sie die Ölkatastrophe aber relativ schnell unsichtbar gemacht. Das ist Green-washng auf einer anderen Ebene.

Wie hast du in Louisiana die Folgen der Ölpest erlebt?

Hartmann: Das ist unfassbar trist da, wie bei «True Detective». Da sind alle abhängig vom Öl, gruselig! Es gibt zwar einzelne Aktvisiten und auch ein Netz von Whistleblowern, die von den vielen an Corexit erkrank-ten Menschen berichtet haben. Aber es gibt keinen Protest. Dann gibt es die Fischereien, die betroffen sind. Manche wurden entschädigt, andere nicht. Wir trafen den ehemaligen «Shrimps King of Louisiana», dem der Umsatz eingebrochen ist. Der ist stinkreich, schimpft aber am lautesten und ist dazu noch Trump-Wähler. Der findet Öl super. Da findet kein Umdenken statt, Die Leute fahren SUVs, die Klimaanlage läuft und es werden Shrimps mit schwarzem Kopf verkauft. Und Leute die kaufen sie. Das ist hochgiftig, aber es finden keine Kont-rollen mehr statt.

Es ist erstaunlich, dass es in so einem entwickelten Land wie den USA weniger Protest gibt als etwa in Brasilien.

Hartmann: In Brasilien geht es um Landraub, das ist ein Problem der Indigenen. Sie kämpfen um das ihnen von der Verfassung zugesicherte Recht auf ihr Land. Sie bekommen das Land von den Grossgrundbesitzern aber nicht zurück. Sie besetzen es dann und sind auch oft damit erfolgreich. Dabei sind sie immer wieder extremer Gewalt ausgesetzt. Da fragt keiner nach nachhaltigem Soja, und die sind erfolgreicher als Greenpeace und der WWF zusammen. Die Biodiversität ist in Gegenden mit indigener Bevölkerung oft überdurchschnittlich gross, die Natur ist ja deren Lebensgrundlage.

Dennoch leben nur noch vergleichsweise wenig Menschen so.

Hartmann: Zu einer indigenen Lebensweise kann auch ein Mofa oder ein Fernseher gehören. Trotzdem wollen die keinen Supermarkt, die wollen ihre Waldgärten behalten, die wollen in dieser Gemeinschaft leben, die wollen ihr Saatgut tauschen. Diese Art von Landwirtschaft ist ertragreicher und umweltschonender. Aber oft fehlt der Zugang zu Land, zu Saatgut, zu Wissen, zu Commu-nitys, aber ich finde das dennoch sehr hoffnungsvoll. Wenn man das mit der gigantischen Zerstörung vergleicht, ist es zwar klein. Aber nicht so klein, dass man sagen könnte, es würde nicht funktionieren. In Indonesien habe ich neben einer Plantage, wo die Leute nichts zu essen haben, das Walddorf erlebt, wo es den Leuten gut geht und wo drei Schulen stehen. Es ist schwer, diese Perspektive hier zu vermitteln. Leute fragen dann, ob wir jetzt in den Wald ziehen müssen. Natürlich geht beides. Aber ich glaube, dass der Kampf derselbe ist.

Kathrin Hartmann ist Journalistin und Buchautorin in München. Eben ist ihr Buch «Die grüne Lüge. Weltrettung als profitables Geschäftsmodell» im Blessing Verlag als Buch zum Film «The Green Lie» des österreichischen Regisseurs Werner Boote erschienen.

ERDERHITZUNG UND DER KULTURELLE KANON

Kathrin Hartmann

Kathrin Hartmann

Das grösste Missverständnis der Gegenwart ist die Annahme, die «Guten» seien im Grunde alle im Kampf gegen den Klimawandel – Trump, Putin und einige wenige Irrläufer ausgenommen. Das gesellschaftliche Bewusstsein für die globale Problemdimension von Klimawandel, Erderhitzung, den damit zusammenhän-genden sozialen Verwerfungen und dem menschlichen Elend ist in vielen Milieus vorhanden oder sogar hoch, keine Frage, aber dieses Bewusstsein ist fatal, weil es das Handeln bisher nicht befördert, sondern ersetzt. Es ist wie ein Gebet, mit dessen Aufsagen man die Sache erledigt hat. «Wirtschaft, Politik und Gesellschaft schaffen sich die perfekte Illusion, dass eine Menge getan werde, während alle verfügbaren Daten zum Umweltverbrauch und Konsum atemberaubende Steigerungsraten auf-weisen», sagt der Soziologe Harald Welzer, einer der wen-igen öffentlichen Intellektuellen in Deutschland, die Zu-kunft über die Lösung des Klimaproblems denken können.

Heisst: Wir tun viel zu wenig, weil wir alle davon ausgehen, dass wir wahnsinnig viel tun, ja es womöglich sogar mal wieder übertreiben. Berliner etwa verweisen gern darauf, dass sie ja kein Auto besitzen – was angesichts des ordentlichen öffentlichen Nahverkehrs kein Problem ist, sondern naheliegend. Das benutzen sie als Argument, um viel durch die Gegend zu fliegen. Ohne sich klarzumachen, dass ein Mittelstrecken-Flug mehr CO2 produziert als ihr Autoverkehr im ganzen Jahr. Das ist individuel-les Bewusstseins-Greenwashing.

Aber selbst ein ehrgeizig CO2-arm lebender Grossstädter tut das auf einem Emissions-Sockel, der die angestrebten

Kathrin Hartmann

Kathrin Hartmann

Wo liegt das Problem von Organisationen aus dem Norden wie Greenpeace?

Hartmann: Greenpeace haben hervorragende Studien etwa zur Palmölproduktion gemacht, sie haben die Res-sourcen, um die Lieferketten zu verfolgen. Ein Problem wird es, wenn Greenpeace versucht, mit den Firmen zus-ammen zu arbeiten. Das habe ich in Indonesien erlebt, dass die Graswurzelbewegungen dann stinksauer sind. Wenn die Unternehmen den Segen von Greenpeace haben, dann können die alles machen.

Wo liegt der Fehler?

Hartmann: Man arbeitet nicht mit den Zerstörern zusam-men, sondern gegen sie. Die Zerstörer sind nicht unsere Retter, und man kann sie auch nicht zu etwas Gutem mach-en. Das sind keine Menschen, die man bekehren kann, sondern Machtkonzentrationen. Man kann diese Macht-systeme nicht von innen heraus verändern. Letztlich bezieht sich alles auf Lieferketten. Greenpeace sagt, sie sind keine Anti-Palmöl-Organisation. Sie sitzen am erweiterten runden Tisch für nachhaltiges Palmöl, und das halte ich für fatalen Quatsch und für hochgradig gefährlich. Palmöl kann nicht nachhaltig sein.

Was können die Konsumenten im Norden tun?

Hartmann: Aufhören, sich als Konsumenten zu begreifen, sondern als Bürger. Als Konsument ist man nur eine ökonomische Kategorie und keine soziale. Es geht nicht um die Frage «Was soll ich kaufen?», sondern um die Frage «Warum steht das überhaupt im Supermarkt?» Warum ist das legal, dass es so viele beschissene Pro-dukte gibt? Warum wird nicht ordnungspolitisch dafür gesorgt, dass es die nicht mehr zu kaufen gibt? Diese Dinge braucht keiner, niemand hat nach 150 Sorten Tüten-suppen und Geschmacksjogurt gefragt.

Aber wie kann man Tütensuppen verbieten?

Hartmann: Ich habe schon oft gehört, dass die Armen den ganzen Scheiss kaufen. Das Problem ist aber, dass die Armen arm sind. Billigpreise sind erwünscht, um die Löhne niedrig zu halten. Der SUV-Fahrer, der Invest-mentbanker ist und Bio kauft, richtet mehr Schaden an, als die Harz-IV-Empfängerin, die weiss, dass sie von der Näherin in Bangladesch nur ein fingerbreit entfernt ist.

Wie kann deiner Meinung nach eine Politisierung aussehen?

Kathrin Hartmann ist Journalistin und Buchautorin in München. Eben ist ihr Buch «Die grüne Lüge. Weltrettung als profitables Geschäftsmodell» im Blessing Verlag als Buch zum Film «The Green Lie» des österreichischen Regisseurs Werner Boote erschienen.

Kathrin Hartmann

Kathrin Hartmann

Hartmann: Ich finde es wichtig, die kurzfristige Ohn-macht zuzulassen. Es ist total scheiss, was da passiert, und ich hänge da mit drin. Das muss man aushalten und nicht nach dem schnellen Ausweg suchen. Daraus kann dann die Wut entstehen, die mich zu einer Initia-tive für die autofreie Innenstadt treibt, wo ich erlebe, dass es auch noch viele andere gibt, die meine Haltung teilen. Und wir müssen dafür kämpfen, dass die UN-Leitlinien «Wirtschaft und Menschenrechte» umgesetzt werden.

Wir können wir darauf einwirken, wie ein anderes Land seine Wirtschaft reguliert?

Hartmann: Unternehmen müssen dafür zur Verantwortung gezogen werden können, wenn in ihrer Lieferkette Men-schenrechte und andere Rechte verletzt werden. In Rana Plaza sind 1200 Menschen auf elende Weise umgekomen und niemand in Europa ist dafür zur Rechenschaft gezogen worden. Aber es gibt auch Hoffnung: Ich be-gleitete einen peruanischen Kleinbauern, der RWE verklagt, weil er durch den durch deren Kraftwerke verursachten Klimawandel keine Landwirtschaft mehr betreiben kann. Als der Richter dessen Klage angenommen hat, ist den Anwälten von RWE die Kinnlade runtergefallen.

Was ist da der nächste Schritt?

Hartmann: Wenn die UN-Leitlinien «Wirtschaft und Menschenrechte» umgesetzt werden würden, die Deutschland im Übrigen ablehnt, würde das billige Palmöl seine Attraktivität für die Lebensmittelindustrie verlieren. Ich denke, das ist gar nicht so schwer. Die wichtige Frage ist: Wer verhindert die Alternative? Der grössere Teil der Menschen leidet eh darunter, es sind wenige, die profitieren. Die Menschen sind bereit für Veränderung. Wenn die Autos aus den Städten verschwunden sind, werden die Leute das toll finden. Es wichtig, dass die Menschen diese emanzipatorische Erfahrung machen.

Interview von Alexis Waltz

Alexis Waltz ist Kulturwissenschaftler und Journalist.

Kathrin Hartmann war Redakteurin der «Frankfurter Rundschau» und von «Neon». 2009 erschien ihr erstes Buch über die Vereininnahmung der Öko-Bewegung, «Wie die Industrie die Lohas und Lifestyle-Ökos vereinnahmt». 2012 folgte ein Buch über Armut, «Wir müssen leider draus-sen bleiben», 2015 «Aus kontrolliertem Raubbau». 2017 arbeitete sie mit dem Filmemacher Werner Boote zusammen. So ist ihr aktuelles Buch «Die Grüne Lüge» parallel zu dem gleichnamigen Dokumentarfilm entstanden.

Kathrin Hartmann

Kathrin Hartmann

Kathrin Hartmann ist Journalistin und Buchautorin in München. Eben ist ihr Buch «Die grüne Lüge. Weltrettung als profitables Geschäftsmodell» im Blessing Verlag als Buch zum Film «The Green Lie» des österreichischen Regisseurs Werner Boote erschienen.

fehlt es bei diesem zentralen Thema an der handelsübli-chen Gut-Böse-Konstellation der kulturell und emotional eingeübten identitätspolitischen Themen. Daraus ent-steht zunächst der Versuch, das Problem in Trump, Putin und den Saudis zu sehen. Aber in letzter Konsequenz führt das dazu, dass Trumps misogyner Proletensatz «Grab them by the pussy» einen stärkeren emotionalen und damit diskursiven Impact auslöst als die Aufkündigung des Pariser Klimaabkommens zur globalen Eindäm-mung der Erderhitzung.

Trumps anti-emanzipatorische und xenophobe Verfehlun-gen markieren unsere emanzipatorischen und identi-tätspolitischen Fortschritt. Wir sind auf dem richtigen Weg und müssen dranbleiben und dafür kämpfen. Stimmt ja auch.

Nur sozialökologisch ist das eben nicht so. Trump ist hier eine grosse Bedrohung. Keine Frage. Aber wir sind hier halt in Wahrheit selbst auch nicht auf dem richtigen Pfad. Überhaupt nicht. Wir sind in diesem Bereich auf dem inakzeptablen Niveau, das Trump gegenüber Frauen an den Tag legt.

Dies alles ist die Grundlage dafür, dass es für den sozi-alökologischen Diskurs keine Role Models, keine Pop-kultur und keine Hochglanz-Medien gibt, wie in allen anderen emanzipatorischen Bereichen. Es gibt praktisch gar keine Ökomedien, die über die Nische hinausreichen und keine Mainstreammedien, die einen funktionierenden Umgang mit dem Thema gefunden hätten. Es findet in Fernsehtalkshows praktisch nicht statt. Und wenn doch einmal, dann völlig missglückt.

Die Handvoll Prominente, die sich gegen Klimawandel engagieren, werden nicht gelobt sondern ignoriert, und wenn sie gar keine Ruhe geben wollen, als Heuchler gejagt. Motto: Gross reden, aber selbst rumfliegen. Wenn jemand indeed wirklich dem Hochmobilitätsleben entsagt, das wir alle führen und sich in eine Höhle zurückzieht, dann wird er als Aussenseiter positioniert. In Nuancen hat das etwas von der Betrachtung eines tatsächlich zölibatär lebenden Priesters. Was für eine Will-ensleistung. Aber schön blöd, sind den grössten Spass entgehen zu lassen. Die Diskurse zielen immer darauf, das Engagement zu diskreditieren und den eigernn Lebensstil zu rechtfertigen.

Man kann Sozialökologie nicht leben, indem man korrekt spricht oder denkt. Das ist das eine. An dem Punkt haken es demnach viele ab oder reden sich raus und ver-passen damit die Auflösung. Sie bestehn darin, dass ein ökologischer Lebensstil durchaus eigene Stromproduk-tion mit Solardach oder Windanlagen-Beteiligung ent-hält – aber nicht als Ersatz für eine politische Energie-wende, sondern als gelebte Kultur und damit als Basis für eine andere, also eine sozialökologische Politik. Ein mehrheitlicher Energiewechsel im privaten Bereich ist gescheitert, auch wenn es in einer kurzen Phase bereits

WE NEED YOUR HELP HERE†

I believe deeply in what we are doing.
We believe that we're going to be investigating many apps (...)
Mr. Chairman, I believe it's important to tell people exactly how the information that they share on Facebook is going to be used.
In retrospect, it was clearly a mistake to believe them and we should have followed up and done a full audit then.
I think it's — it's pretty much impossible, I believe to start a company in your dorm room and grow it to be at the scale that we're at now without making mistakes.
And I believe that, over the coming years, once we fully work all these solutions through, people will see real differences.
In order to do that, we believe that we need to offer a service that everyone can afford, and we're committed to doing that.
I believe that it is entirely possible that there will be a connection there.
I believe so.
I believe that there may be, but I know we're working with them.
We believe that it is entirely possible that there will be a connection there.
Senator, I believe we do link people's accounts between devices to make sure that their (...) experiences can be synced (...)
I don't believe that there are certain content that clearly we do not allow, right?
Senator, I believe the answer to that is no, but I can follow up with you afterwards.
And then later we followed up with, I believe a full legal contract where they certified that they had deleted the data.
Yes, I believe so. Senator, that is certainly the intent.
(...) from doing business on the platform, but I do not believe that we're blocking people's personal accounts.
(...) for people to share that information with Facebook, I believe that almost everything that you just said would be opt in.
(...) we proactively reach out to law enforcement, as we believe is our responsibility to do.
In those cases, if their request is overly broad or we believe it's not a legal request, then we're going to push back aggressively.
I mean our view is that, that we believe that we are in compliance with the consent order, but I think we have a broader responsibility to protect privacy (...).
Senator, I believe that we rolled out this developer platform, and that we explained to people how it worked, and they did consent to it.
Senator I don't believe we have ever collected the content of — of phone calls.
Senator, as someone who uses Facebook, I believe that you should have complete control over your data.
Senator, again, I believe that you already have that control.
(...) the principles (...) are the ones that we believe in and try to codify in the product that we build.
Yes, senator. And I believe you already have that ability today.
In general, where we believe that the ads model is the right one for us (...)
Senator, I believe that we've had the option for people to share with friends, friends of friends (...) or publicly for a long time.
I don't remember (...) when we put that in place, but I believe it was before 2009.
I don't believe there has been a breach of data that we are aware of.
I don't believe so.
(...) access to some content on their computers, but I don't believe so.
I do not believe so.
Senator, I believe so.
Senator, I believe so, although security is never a solved problem.
And I do believe that the government will have the ability to get into the systems even if we can't ...
Well, senator, we believe a bunch of the information that we will be able to audit.
I do not believe we have the right to do that.††

anders aussah. Gerade auch aufrechte Linke beziehen ihren Strom hartnäckig aus der Steckdose, statt eigeninitiativ und selbstbestimmt zu einem Ökostromanbieter zu wechseln. Die Gründe sind menschlich und gehen von der Ignoranz über die Bequemlichkeit bis zum Preis und selbstverständlich dem Warten auf das sozialistische Paradies, in dem sich die profanen Widersprüche des Irdischen von selbst erledigen.

Entscheidend ist nicht die Privatentscheidung, sondern der schnelle Kohleausstieg. Dafür muss sich demnach der problembewusste Bürger engagieren, darauf muss er drängen. Der Wechsel des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Pfades kommt nicht über Einsicht oder Moral, sondern über Routine und Normalität. Also über Ordnungsrecht. Eine Fahrradbewegung hilft, aber am Ende braucht es einen Fahrradweg. Und sozialökologische Mehrheiten dafür. Wenn aus der Steckdose hundert Prozent erneuerbarer Strom kommt, dann ist das auch bei ökoresistenten Politikern wie Oskar Lafontaine, Christian Lindner und Sigmar Gabriel so. Nicht mal die AfD-Kundschaft wird ihr eigenes Volkskohlekraftwerk laufen lassen können, damit ihr Fernseher mit dreckigem deutschen Kohlestrom weiterlaufen kann.

Warum, fragen viele, war denn die Anti-Atomkraftbewegung in Deutschland damals so gross und erfolgreich und warum ist es die Energiewende- und Mobilitätswendebewegung heute nicht? Anti-AKW passte in die aus der Befreiungsbewegung von 1968 entstandene Kultur; es schien ein stringentes Wir gegen die Konzerne, Gut gegen Böse zu sein.

Die Grüne Kultur dagegen funktioniert nicht. Meine Vermutung ist, dass die Ökos und die Grünen das Problem zum Teil selbst verursacht haben durch die permanente Moralisierung des Themas. Der Philosoph Peter Sloterdijk hat vor ein paar Jahren von einem «Jahrmarkt der Erlösereteilkeiten» gesprochen, an dessen Ende sich die Leute vor «Rettung vor den Rettern» sehnten. Überzogen, aber die Richtung stimmt.

DAS WIRD EIN HÖLLENRITT!

Bereits vor neun Jahren machte der Bündner Adam Quadroni die kantonalen Behörden auf ein Bündner Baukartell und jahrelange Preisabsprachen unter Bauherren aufmerksam. Es folgte eine lange Funkstille, bis Whistleblower Quadroni 2017 verhaftet und wegen angeblicher Suizidgefährdung in eine psychiatrische Klinik eingeliefert wurde. Die Journalistin Anja Conzett und der Journalist Gion-Mattias Durband rollten für die Republik den Fall neu auf und lösten damit eine regelrechte Lawine an Ereignissen aus – auch auf politischer Ebene. Unter anderem zog Andreas Felix, Geschäftsführer des Baumeisterverbands und Regierungskandidat der BDP, seine Kandidatur zurück – laut Recherchen war er selber Teil des Kartells. Die Wettbewerbskommission Weko gab bekannt, sie werde bis im Herbst 2018 Sanktionen an alle Beteiligten bekanntmachen. Dass eine Geschichte wie diese noch immer eine derartige Schlagkraft hat, macht vielen Medienschaffenden Mut. Hat der Journalismus in der Schweiz noch immer die Fähigkeit, die Vorstellung von Ethik und Moral zu beeinflussen? Und ist der Shitstorm eine moderne Form des Mobs?

Miriam Suter: Anja, wie lange habt ihr an der Geschichte über das Bündner Baukartell gearbeitet?

Anja Conzett: Alles in allem sechs Wochen. Wir haben diese Geschichte von Seiten beleuchtet, das kannst du dir gar nicht vorstellen. Wir arbeiteten bis zu 14 Stunden pro Tag, sieben Tage die Woche. Gion und ich waren drei Wochen als Reporter im Feld, haben Akten gebüffelt und Gespräche geführt. Dann haben wir geschrieben und unser «Chefdramaturg» Ariel Hauptmeier, der Produktionschef der Republik, hat daraus diesen Netflix-mässigen Krimi gebaut.

MS: Als ich die Geschichte gelesen habe, gingen mir folgende Gedanken durch den Kopf: Wie habt ihr Adam Quadroni dazu gebracht, euch so sehr zu vertrauen? Er, der eh seit Jahren der geschlagene Hund seines Dorfes ist?

AC: Das ist vor allem Gions Verdienst. Er stand im Rahmen seiner Anstellung bei der «Südstschweiz» bereits seit mehreren Jahren in Kontakt mit Quadroni; er hatte da schon an dieser Geschichte gearbeitet. Ich war vor ein paar Jahren Gions Nachfolgerin auf der Redaktion, so haben wir uns kennengelernt. In einer Rauchpause hat er mir damals von dieser Geschichte mit den Baukartellen erzählt und ich, die Amateurin, die ich damals noch

Das grüne und das Öko-Projekt der Umerziehung des Menschens ist erwartungsgemäss gescheitert. Es bringt überhaupt nichts, anderen Leuten (sind ja immer die anderen) vorzuwerfen, dass sie soziale Netzwerke nutzen, obwohl die ihre Daten verkaufen. Dass sie Steuer-schlupflöcher suchen, um das Geld nicht der Gesellschaft geben zu müssen. Dass sie Industriefleisch essen. Und auch die schöne Idee von der Loslösung des Politischen vom Staat durch 1968 und die Neue Linke kommt hier an ihre Grenzen. Klimawandel ist nicht in einer Gegenwelt zu stoppen und nur in einem unzureichenden Ausmass durch gesellschaftliche Selbstorganisation.

Auch die soziale Frage (Krankheit, Arbeitslosigkeit, Absturz in völlige Armut) wurde in Deutschland nicht durch freiwilliges soziales Engagement der Gesellschaft gelöst, sondern durch Sozialgesetzgebung. Die sozial-ökologische Frage ist in diesem Sinne in einer Situation wie die Sozialpolitik vor mehr als 100 Jahren. Oder Denkmalschutz: Die historischen Innenstädte würden alles andere als historisch aussehen, wäre der Denkmalschutz eine Frage der privaten Moral. Das regelt die Politik und das ist so normal, dass sich in diesem Kontext auch keiner mehr agitieren lässt, wenn FDP-Chef Christian Lindner «Freiheitsberatung!» oder «Markt!» rufen sollte.

Es ist also albern und geschichtsvergessen, eine so komplexe und zentrale gesellschaftliche Herausforderung wie Klimaschutz und sozialökologische Wirtschaft über den Markt oder individuelle Entscheidungsfreiheit herstellen zu wollen. Das ist wichtig, um jegliche «Ökodiktatur!»-Aufschreie zu parieren, die angeblich im Rahmen der Fahrverbotsdebatte zurückkehrt. Ökos kommen ja tatsächlich immer wieder an den Punkt, wo sie seufzend überlegen, zum Wohle aller die Demokratie doch gegen eine Ökodiktatur einzutauschen. Aber, so schwer der Weg auch ist: Die Frage, ob wir die Erderhitzung so begrenzen, dass die Weltgesellschaften in Zukunft gut leben können, muss demokratisch entschieden werden. Es muss die Möglichkeit geben,

nein zu sagen. Nur dann kann es – siehe Anfang des Textes, ein wirkliches Ja geben. Die Gesellschaften müssen sich für Zukunft entscheiden. Oder dagegen.

Es geht um und über eine Neubetrachtung der teilweise überholten zentralen Begriffe Gerechtigkeit und Freiheit. Beides wird durch einen sozialökologischen Paradigmenwechsel vorangebracht. Die Wege sind Wirtschaft, Kultur und Ordnungspolitik.

Es braucht eine experimentelle Mehrheit aus den unterschiedlichsten kulturellen und sozialen Aggregatzuständen, die sich auf sozialökologische Essentials einigen und sich, Regierungen und in der Folge die Unternehmen darauf verpflichten. Es braucht Prominente, die Aufmerksamkeitsströme umleiten und sie in Sachen Sozial-ökonomie verbreitern, es braucht Intellektuelle, die das vertiefen und Medien, die Progressivität neu denken können.

Die sozialökologische Zeit beginnt mit dem Ende des Ökodenkens, wie wir es kannten. Mit dem Ende der Vorstellung, der progressive Bürger stehe in Opposition zum «Mainstream», einer verkrusteten Mehrheitsgesellschaft. Der Aktivismus von Minderheiten oder die Unterstützung berechtigter Partikularanliegen (Homosexuelle, Feministinnen, Einwanderer) gegen die Mehrheit lässt sich in der Klimawandelfrage nicht anwenden. Klimawandel ist eine Mehrheitsangelegenheit. Er trifft die Armen früher und härter als die Reichen, aber letztlich bedroht er die ganze Weltgesellschaft.

Sozialökologische Emanzipation bedeutet daher, dass die Weltbürger des Westens für ihre Interessen gegen ihre Interessen handeln müssen. Das geht nur durch eine neue und andere Politik.

Von Peter Unfried

Peter Unfried ist Chefreporter der taz und Chefredakteur von taz FUTURZWEI, Magazin für Zukunft und Politik.

ob du Angst hattest, weil ich weiss, dass du das nicht hast. Aber gab es mal eine Zeit vor der Veröffentlichung, in der du dachtest: «Okay, das wird jetzt heavy»?

AC: Um mich habe ich keine Angst, die Leute dort kannten mich ja schon von der «Südstschweiz», die wissen, dass ich hartnäckig bin – sie können sich schon mit mir anlegen, aber sie verlieren. Was mir wirklich Sorgen bereitet hatte, ist die Tatsache, dass meine Mama noch immer im Graubünden lebt. Ihr Vorname beginnt mit dem gleichen Buchstaben wie meiner, auf ihrem Briefkasten steht also «A. Conzett». Sie kriegte nach der Veröffentlichung der Geschichte Anrufe, bei denen am andere Ende der Leitung nur geschwiegen wurde – vermutlich als Bedrohung. Natürlich, sie steht voll hinter mir und ist mein grösster Fan. Aber ich hatte zu dieser Zeit wirklich Alpträume, dass meine Mutter unter meiner Arbeit leiden könnte.

MS: Gab es Drohungen gegen die Redaktion?

AC: Der Artikel in der Weltwoche (Ausgabe vom 16. Mai «Dichtung und Wahrheit in der Bauaffäre» von Philipp Gut) ging nicht per se gegen die Republik, sondern gegen den Blick und die Schweizer Illustrierte. Gut gibt in seinem Artikel zu, dass er unseren Artikel nur überflogen hat. Auf so Zeug lassen wir uns gar nicht erst ein. Als Journalistin machst du dich unangreifbar, wenn du deine Arbeit sorgfältig und richtig machst.

MS: Gions Familie lebt, wie deine auch, noch im Graubünden, ihr seid beide ab und zu noch dort. Inwiefern gab es aus eurem persönlichen Bündner Umfeld Reaktionen auf die Geschichte?

AC: Lustigerweise ist ein alter Wegbegleiter von mir ein Neffe von Adam Quadroni. Das wusste ich nicht, bis sein Vater, also der Bruder von Quadroni, einen bissigen Kommentar unter dem Artikel auf der Republik-Webseite verfasste. Da dachte ich dann schon: «Dieses Graubünden ist wirklich sehr klein!» Er ist sehr schlecht auf Adam Quadroni zu sprechen. Im Zuge der Recherche haben wir natürlich auch die Familiengeschichte durchleuchtet, also Dinge wie Erbschaften. Dort wurde klar: Quadroni wird gegenüber seinen Brüdern bevorzugt. Dann gab es noch jemanden, der mir politische Motivation vorgeworfen hat. Ich bat ihn dann, das zu konkretisieren, darauf kam nicht mehr viel, aber es war klar, worauf er hinaus wollte: Dass ich die Exfreundin des Churer SP-Grossrats Andri Perl bin. Willst du eine Liste von allen, mit denen ich geschlafen habe? Ich kann sie dir gerne geben! Solche Vorwürfe sind einfach misogyn, nichts anderes. Das ignoriere ich und beschäftige mich nur mit Vorwürfen, die meine journalistische Arbeit betreffen. Dort bin ich abgesichert und kann sagen: Schau, die Sorgfaltspflicht ist überall erfüllt, was willst du? Der betreffende Post wurde übrigens mittlerweile gelöscht.

MS: Denkst du, der Shitstorm ist der neue Mob?

AC: Ich habe mit beiden Begriffen Mühe. Shitstorm und Mob: Das hat beides den Geruch von Selbstjustiz. Und das war die Geschichte in diesem Fall ja nicht. Sie hatte einen extremen Einfluss, eben weil es keine Selbstjustiz war. Ein Shitstorm bedeutet für mich, dass man Dinge nicht mehr hinterfragt, ob etwas richtig oder falsch ist. Sondern in eine Tretmühle fällt, in der richtig und falsch bereits gesetzt sind.

MS: Kannst du ein Beispiel nennen?

AC: Ein gutes Beispiel ist für mich der Fall einer High-schoolschülerin aus den USA, die zu ihrem Abschlussball ein Kleid trug, das optisch stark an traditionelle asiatische Gewänder angelehrt war. Da kam in den Sozialen Medien furchtbarr schnell der Vorwurf von cultural appropriation. Dabei heisst es doch nicht, dass sie eine Rassinin ist, nur weil sie dieses Kleid trägt. Sie fand das einfach schön, für sie war das wohl eher eine Würdigung als eine Herabstufung dieser Kultur. Sie trug das Kleid ja auch nicht im Alltag, sondern an ihrem Abschlussball! Und woher will die wilde Meute auf Social Media, die das Mädchen mit ihren Kommentaren zerfleischt hat, wissen, dass sie keine asiatische Ururgrossmutter hat? Dieses moralische Selbstverständnis kann sehr gefährlich sein. Für mich sind Shitstorm und Mob immer gleichgesetzt mit einem Pranger. Was es aber natürlich gibt, ist ein Rechts- und ein Unrechtsbewusstsein in den Medien. Was nach der Veröffentlichung unserer Geschichte geschah, ist für mich ein Paradebeispiel dafür. Ich habe die Schweizer Medien schon lange nicht mehr so geschlossen erlebt. Es war klar: Hier wurde Scheisse gebaut und es ist unsere Aufgabe als Medien, darauf aufmerksam zu machen. Egal, ob es gesetzeskonform war, was geschah, also egal, ob die Weko etwas gegen den Baumeisterverband tun kann oder nicht: Was da gelaufen ist, war nicht korrekt. Aber dazu gehört auch, sich mit den Menschen dahinter auseinanderzusetzen. Um nochmal auf mein genanntes Beispiel zurückzukommen: Niemand hat mit dem Mädchen gesprochen, welche Gedanken sie sich zu diesem Kleid gemacht hat. Und das ist der Unterschied. Im Journalismus gilt: Fairness ist alles, Vorverurteilung das Ende der Glaubwürdigkeit.

MS: Inwiefern?

A PLEA TO JOURNALISTS

As the revelations from the Paradise Papers hit the news stands last year, many journalists asserted as fact that nothing illegal had taken place. The BBC in the UK were the most aggressive proponents of this line, but the issue has been raised in other countries too. On several interviews I did around the time the news story broke, I have been told by the interviewer that nothing illegal has taken place, then asked why should anyone care. Leaving aside the moral arguments about tax avoidance often raised, I want to gently suggest to colleagues in the media that this kind of reporting is misleading, unethical, and needs to stop.

It is easy to understand why journalists use this line. Libel laws, particularly in the UK, mean that journalists live under the fear of being pursued by an oligarch or company through the courts for writing anything that might harm their reputation. This can result in years of anxiety. If a mistake has been made, the journalist can have their home taken away from them and be financially ruined. It is sad fact that the UK, which prides itself on its liberalism, has become one of the most repressive places for journalists to work. Journalists may not labour under the threat of physical harm, but they do very much fear financial harm.

In order to protect themselves from the libel courts, journalists will add a rider to each article that nothing illegal has taken place. This turns the issue into a moral one, and anyone is free to have an opinion on morality. To protect themselves from making a mistake, journalists are often told by lawyers that they must tell a lie. That lie may paint the people and companies uncovered in such leaks in a more favourable light, but it also means that policy makers, who rely on journalists more than many people might think for their information, are distracted from dealing with some of the real issues that emerge from such stories. In the end, the public is given a misleading picture of what leaks like the Paradise Papers are really about, which defeats the entire point of the leak. By making the argument about morality, they themselves are engaged in a practice which is in itself deeply unethical.

Companies like Appleby and Mossack Fonseca operate in a murky world. To put it bluntly, no one would go offshore if they could do whatever they wanted to do onshore. People and companies use offshore financial jurisdictions precisely because they allow them to do things they can't do at home. Often what they are seeking is secrecy. Hiding money from relatives perhaps, something which is not illegal – but offshore jurisdictions are also frequently used to hide money from tax authorities, or from creditors, or to hide the proceeds of crime or corruption.

The fact that offshore jurisdictions are set up to provide secrecy to their clients means that companies like Appleby, by their very nature, sail close to the wind. And in doing so will make mistakes. This is something that the company themselves admit internally. Will Fitzgibbon of the ICIJ, has reported on the history of compliance

AC: Wenn du jemandem eine Plattform gibst, einen so schweren Vorwurf zu erheben, dann musst du sicher sein, dass du in diesem Moment fair bist. Das macht auch die Kraft dieser Geschichte aus. Gion und ich gingen als Andreas Felix ins Bett und wachten als Adam Quadroni auf. Wir haben diese Leben gelebt, wir kennen diese Menschen seit Jahren. Ich weiss, wie Felix' Frau aussieht, eine sehr liebe, unscheinbare, Dame, ich weiss, dass sie drei Kinder haben. Kein Mensch ist nur schlecht. Und dieser Gedanke ist sehr wichtig. Auch ein Bauunternehmer Roland Conrad hat irgendetwas Gerades in seinem Krummen. Zum Ausdruck zu bringen, dass hier Mechanismen spielen, dass es um das ganze Gefüge geht, und nicht um einzelne Personen, das ist essentiell.

MS: Das Aufzeigen von Strukturen, das Kritisieren davon und das Darstellen der Gründe, warum sie eben funktionieren, sehe ich auch als Kernkompetenz von gutem Journalismus. Funktionieren die Medien also als Korrektiv einer Gesellschaft?

AC: Was sind wir denn, wenn nicht das? Wofür sind wir dann überhaupt da? Gerade in einer Zeit, in der die Schweizer Medien bis zum Geknitzmehr gebeutelt werden, ist es wichtig, dass Journalistinnen und Journalisten zusammenstehen. Natürlich, ich arbeite bei einem Medium, das zumindest anfangs auch bei Medienschaffenden selber nicht nur einen guten Stand hatte. Aber die Schweizer Journalistinnen und Journalisten sind grossmehrheitlich verdammt feine Menschen, eine aufrichtige Bande, egal wo sie arbeiten. Menschen, die sich Mühe und jeden Tag ihr Bestes geben. Wir bei der Republik sind nicht die besten Journalistinnen und Journalisten der Schweiz. Wir haben einfach Möglichkeiten, die andere so nicht haben. Das zeigt auch die Baukartell-Geschichte: Wir haben nichts Neues gebracht mit dieser Story, wir konnten

einfach in die Tiefe und in die Breite arbeiten. Und das ist die Daseinsberechtigung der Republik.

MS: Trotz der aktuellen Lage des Schweizer Journalismus: Schafft er es wirklich, die Vorstellung von Moral und Ethik der Menschen zu verändern? In Zeiten von Fake News scheint das eine der grössten Herausforderungen für den Journalismus zu sein.

AC: Du musst Moral und Ethik nicht verändern, die sind jedem Menschen gegeben, das ist ja das Schöne. Ich habe ein Jahr lang bei der Schweizer Illustrierten gearbeitet, genau aus diesem Grund: Ich habe mich bewusst für den Boulevard entschieden, weil ich dort ein Publikum erreichen konnte, das mir sonst unerreichbar ist. Ich konnte die entsprechende Sprache lernen, mir das Hand-werk aneignen, das ich noch nicht hatte, und das mir geholfen hat – schlussendlich auch bei der Baukartell-Geschichte! Du musst nicht das moralische oder ethische Empfinden der Menschen verändern – du musst nur daran appellieren. Ich glaube wirklich, dass fast alle Menschen einen Sinn für Gerechtigkeit und Empathie haben. Du musst diesen Fokus setzen, und das geht nur mit Empathie. Das geht nicht, wenn du Menschen einfach scheisse findest und belächelst. Jeder Mensch hat seine Geschichte, seinen Weg. Und sie dort abzuholen, wo sie sind, manchmal auch einfach dort zu lassen, das ist die grosse Herausforderung im Journalismus: Diese Spannung auszuhalten.

Interview von Miriam Suter

Miriam Suter ist freischaffende Journalistin. Sie schreibt über gesellschaftliche und feministische Themen.

It often involves contrived, artificial transactions that serve little or no purpose other than to produce this advantage. It involves operating within the letter, but not the spirit, of the law. Most tax avoidance schemes simply do not work, and those who engage in them can find they pay more than the tax they attempted to save, once HM Revenue and Customs has successfully challenged them.

What is described above is clearly very different from simply paying taxes that are due. So that leaves the question, how should journalists report on stories like the Paradise Papers? Well, having just said it is wrong to say that there definitely has not been any illegal activity until law enforcement has investigated, it would also be equally wrong to say the opposite, that illegality definitely had taken place. So why not just leave it at that?

Saying that nothing illegal has taken place undermines the correct operation of government. If crimes have been committed they must be investigated and prosecuted. They are less likely to be prosecuted if there is a general perception that there is nothing illegal going on. Yes, prosecutors should also make their own minds up about whether they need to investigate cases, but in a world of constrained resources public perception is a factor in setting the priorities of investigators. Policy makers need to know the correct target of policy change. Are more resources required for enforcement, or is it a case of changing the law?

The best thing that journalists can all do is as ever, focus on reporting on the facts, which the ICIJ has been doing admirably. If there are questions that need to be raised, raise them. If there are questions that can't be answered be honest with the reader and tell them that. If research needs to be done, or investigations need to be carried out then say that, and allow them to take place, then follow up on them when they do. Hold governments to account when they don't investigate what should be investigated. All of this provides good material for further stories down the line.

Not being able to come to a definitive answer about what the subject of an article is doing is not a failing of the journalist. It is simply the reality of life in the complex world where whole industries are employed to obfuscate the financial lives of others. It is better to accept that, and deal with the opportunities that presents for further reporting, and keeping on the story, rather than to pretend we have the answer.

Because at the end of the day, our understanding of these complex issues is not enhanced by adding untruths to articles or broadcasts, no matter how well intentioned those untruths are, or how innocent they may seem.

By George Turner

A shorter version of this article was first published by www.taxjustice.net in 2017.

George Turner is a writer and researcher with the Tax Justice Network. He's a non-executive director of Tax Justice UK and Finance Uncovered, a TJN project he helped set up. George was formerly Head of Office for the Deputy Leader of the Liberal Democrats in the UK.

HOW NOT TO REPLACE ETHICS WITH LAW

Being a tax lawyer means sometimes advising clients that the clever tax scheme they've come up with doesn't work. The tax authorities would challenge it; they would probably win; and there would be penalties for under-reporting income to boot.

Occasionally, the client's response would go something like this. "OK, understood, thanks. But just out of curiosity... how likely is it that the tax authority would find out about this arrangement, if we did it? A lot of it happens overseas, so maybe they just wouldn't notice. Also, I hear their audit resources are very stretched at the moment. Perhaps we should go ahead anyway." And we would respond "sure, fraud is always an option". And then they would look a bit sheepish, and then we would try to find a structure that did work.

Why discourage fraud? Hardly for selfless reasons. Our goal was to get paid for clever structures that succeeded, under existing tax law, in reducing our client's tax liability. If you were prepared to just stash money in a secretive jurisdiction and lie about it on your tax return, you didn't need us. (You needed a different kind of financial professional.)

"We have complied with all existing tax laws", say Amazon, Google, Apple. Of course they have. They have paid a lot of money to make sure of it. They may have taken some... optimistic views about what precisely the tax laws say. But their interpretation will be defensible, and will be supported by at least some legal authority.

So the ethical analysis of tax avoidance starts with the idea that it complies with existing tax laws. Tax fraud (often called tax "evasion", because that word's semantic and phonetic similarity to "avoidance" makes the distinction seem more subtle) is very bad, and severely punished, so it's understandable that companies would want to deny they've engaged in it. But it's rarely the charge levelled at big companies.

When is legal conduct unethical? This is a familiar problem to ethicists. The converse question – when is illegal conduct ethical – might get more attention in political contexts, since it involves interesting issues like necessity, civil disobedience, and revolution. But everyone agrees that the law doesn't prohibit everything that one ought not to do. It's not illegal to be ungrateful to your parents, or to fail to do your share of household chores, or to vote for fascists.

When it comes to tax avoidance, there is a tension between two normative principles. The first is social: one has a duty to make a fair contribution to one's society, in accordance with the distribution of burdens agreed on by that society. (Provided the contributions are fair. We can assume that taxes are used for social benefit, at least in general, and that tax burdens are distributed justly. Let's also assume that distributing the burdens according to income is just, since it correlates with ability to pay and with the diminishing marginal utility of money.) Looked at this way, tax avoidance is shirking: the tax-avoider is shying away from their obligations to their society, while still taking advantage of the benefits it offers.

The second principle is a political one. The rule of law requires that the state's impositions on its citizens be stated clearly, so that they can be complied with, and that they not be subject to post-facto reinterpretation. Looked at this way, tax "avoidance" is perfectly legitimate: no one has an obligation to fork over money to the state except where explicitly demanded by the law. Requiring that people pay tax based on what the law should have said, but didn't, is unjust.

To understand the moral status of tax avoidance, both principles have to be taken into account. The strict libertarian view is irresponsible. Taxation in a democracy is not simply the government taking our money against our will. Quite apart from our duties to our fellow citizens, it would be impossible to earn that income if it wasn't for the services that taxation allows the state to provide. This is why, in my view, "we have complied with all existing laws" is not just insufficient, but obnoxious. In advancing that as a defence, companies are not merely failing to address the question of tax avoidance. They are implying that they have no other social obligations worth mentioning.

But simply claiming that we should all just pay "our fair share" ignores that taxation is fundamentally a legal obligation. It is a duty decided and imposed by the state, ultimately at gunpoint. If the tax law does not mean what it actually says, but rather something vaguer and more discretionary, that can be dangerous.

How to balance those two principles? Which transactions should be condemned as tax avoidance, and which respected under the rules as written? Common approaches to defining tax avoidance try to do it by reference to the nature of the transactions involved. They look for some technical feature that distinguishes legitimate transactions from illegitimate. I want to suggest this is the wrong way to go.

I'll consider two examples: the "economic substance" approach, and the "intention of the tax law" approach.

The first approach looks for features of transactions that are there in order to create tax benefits, and disregards them. (The new UK general anti-avoidance rule, in section 206 of the Finance Act 2013, is an example.) The idea is that if we disregard what people have done for tax reasons, we get to the real nature of the transaction. That allows us to tax the participants' genuine economic income. The problem is that tax effects can be taken account in perfectly legitimate ways. In deciding to make an investment via debt rather than equity, for example, the parties will inevitably consider the tax effects – in particular, that interest is deductible. Does that mean the investment is really equity? If you run your own business, you can choose whether to act in your own name or to incorporate a company. Incorporating a company sometimes has tax benefits; does that mean the company should be disregarded? We still need to distinguish between acceptable and unacceptable tax planning, and that was the problem we came in with. More generally, as long as the tax law distinguishes between types of income (interest versus dividends; current income versus capital gains; share sales versus asset sales) there will be alternative ways to carry out transactions that have different tax consequences. There is no general reason to allow the tax authority to impose the most expensive. As one British judge put it (before the general anti-avoidance rule): "No man in this country is under the smallest obligation, moral or other, so as to arrange his legal relations to his business or to his property as to enable the Inland Revenue to put the largest possible shovel into his stores."

In response, some anti-avoidance regimes look for artificial elements of the transaction, ones that lack any economic effect at all. But it is easy enough to build in some economic consequences for the artificial elements. The expected cost of that consequence can then be weighed against the tax benefits. The result is that tax-avoidance becomes slightly more expensive, but not much less common.

A second approach looks to frustration of the intent of the tax law. This gives voice to the intuitive sense that tax avoidance exploits "loopholes": infelicities of drafting that allow for consequences very different from those the legislators intended. The US IRS takes this approach to so-called step transactions. These are arrangements where multiple steps are used to achieve an end state that could be achieved in a single step, but where the longer route has better tax consequences. For example, instead of selling a business, you might incorporate it, and sell the shares in the new company, to a buyer who promptly liquidates it and runs the business directly. The result is exactly as if the business had been sold directly, but in some cases the tax treatment will be much better. (You know the children's trick where one person in a queue lets a friend cut in in front of them, after which the friend lets the first person go in front of them? That's why step transactions are bad.)

The obvious problem is deciding what the intention of the tax law is. At one level of detail, it's: to raise tax! At the opposite extreme, it's: to impose tax on the transactions it describes as subject to tax. Finding the "real" goal of tax legislation raises very similar problems to the "real" nature of a transaction. But there's also a major type of tax avoidance that this approach handles very poorly: international tax arbitrage. This form of avoidance exploits the differences between two tax regimes, in a way that complies with the letter and spirit

of both, but which in combination reduces tax. As an example, consider hybrid debt/equity instruments, whose terms are a mixture of debt and equity. They have some features of debt, such as a fixed return; but other features are share-like, such as subordination to the company's other obligations, or an indefinite term. Is such an investment debt or equity?

Philosophers faced with such categorisation questions might say something about "vague predicates" or "prototype-based concepts", and refuse to give a definite answer. But the law has to decide. If necessary, it will draw an arbitrary line. Inevitably, different jurisdictions will draw their arbitrary lines in different places – and hybrid instruments exploit those differences. In the classic case, the investment is treated as debt on the borrower's side of the Atlantic, and as equity on the other.

That means the borrower can treat the yield on the investment as interest, and deduct it from their income as it accrues. The investor, on the other hand, can treat the return as dividends. They might be exempt from tax altogether, or they might go untaxed until the dividends are actually paid out – perhaps at the end of the investment. Whose intention does that frustrate? No one's. From the point of view of each jurisdiction, the instrument is treated precisely according to the policy it has adopted. But tax-avoidance it surely is.

The same thing goes for many of the strategies adopted by the likes of Amazon, Google and Apple. Intermediary shell companies, with just enough substance, are set up to exploit differences in the treatment of royalties, dividends, or trading income, or even of the existence of those companies themselves. The notorious US "check the box" rules have allowed US companies to treat wholly-owned European subsidiaries as non-existent for US tax purposes, even as their European homes treated them as separate taxpayers.

The problems with these approaches are not accidental. Both offer technical answers to an ethical problem. Tax avoidance, I suggest, is what philosophers call a "thick" concept – one that has both evaluative elements and descriptive, value-neutral, ones. A more familiar example is "bravery": to be brave is to act despite the presence of serious risk – but only when doing so is praiseworthy. Ignoring risks in a blameworthy way is not brave, but reckless or foolhardy.

Similarly, tax avoidance is reducing your tax liability in a way that shirks your moral obligation to pay your fair share. It has a descriptive element – your tax liability needs to be reduced relative to the alternatives – but it has an irreducibly normative element besides. And that means that it can't be defined in strictly value-neutral technical terms. Trying to do so leads down rabbit-holes that are very familiar to both moral philosophers and analytically-minded lawyers. There will always be another counter-example to your technical definition, however refined and baroque you make it.

To say all that is not, of course, to answer the question of when tax planning is ethically acceptable and when it is immoral. It's just to ask it in a more transparent way.

What it suggests, though, is why legislating against tax avoidance as such, as the UK and other general anti-avoidance rules try to do, will ultimately be unsuccessful. While such laws have some deterrent effect, tax planners are still fully employed. What tends to result is a body of pseudo-ethical laws, in which judges' verdicts on whether particular transactions are "reasonable" are fossilised into precedent. Given time, they become just another set of technical rules for clever tax planners to work around.

The better approach is to address the structural flaws that large-scale tax avoidance appeals to. For example, by addressing jurisdiction-shifting through international cooperation, such as formulary apportionment. And in doing so, to be guided by the principle that companies – especially ones that can afford expensive tax planning – ought to contribute their fair share to the societies they operate in. That principle is ill-suited for determining how much tax a company ought to pay in any specific case; but it should be an uncontroversial guide for tax policy.

By Adrian Boutel

Adrian Boutel is a former NYC tax attorney, now working as external Director of Studies in Philosophy at Pembroke College, Cambridge and Guest Lecturer in the Department of Philosophy, Logic and Scientific Method at the London School of Economics.

TO DO THE RIGHT THING IS EACH EMPLOYEE'S PERSONAL RESPONSIBILITY

Nestlé,
Code of Business Conduct, 2007

